

VBS

Bundesamt für Sport

Hauptstrasse 247

CH – 2532 Magglingen

Übermittlung per Email in einer Word- und PDF-Version an

niklaus.tschan@baspo.admin.ch

aemterkonsultationen@baspo.admin.ch

Chur, 28. Februar 2026

Olympische und Paralympische Winterspiele 2038 - Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat Pfister

Sehr geehrter Herr Tschan

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir übermitteln Ihnen hiermit fristgerecht unsere Vernehmlassungsantwort zu einer angestrebten Kandidatur der Schweiz für die Durchführung der OPWS2038. Der Kanton Graubünden, seine Gesellschaft, die Wirtschaft und darin im Speziellen der Tourismus wie auch Umwelt und Natur würden davon in erheblichem Mass betroffen sein. Zudem hat die Stimmbevölkerung ähnlichen Kandidaturen auch bereits zweimal in kantonalen Volksabstimmungen (2013, 2017) ihre Unterstützung verweigert.

Wir bitten folglich um Ihre geschätzte Aufmerksamkeit eine entsprechende Beachtung unserer Anliegen. Für weitere Auskünfte stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit bestem Dank und freundlichen Grüssen



Kaspar Schuler

Präsident Umwelt Graubünden

kaspar.schuler@umwelt-graubuenden.ch

Beilage: Konkretisierte Anliegen zur Verbesserung des Bundesbeschlusses bzw. von Folgeerlassen

A) Die Problematik und ihre Konsequenz

Die Vereinigung Bündner Umweltorganisationen mit ihren 10 Mitgliedsorganisationen¹ hat sich in der Vergangenheit im Verbund mit politischen Parteien zweimal erfolgreich gegen die Durchführung von Olympischen Winterspielen in Graubünden zur Wehr gesetzt. Beide Male – 2013 und 2017 – hat die Stimmbevölkerung eine Kandidatur abgelehnt.

Aufgrund der damaligen Dossiers und der intensiven Auseinandersetzung mit den Auswirkungen einer Olympia-Kandidatur kommen wir zu den nachfolgend im Detail ausgeführten Überlegungen und Anliegen.

Die grundsätzliche Problematik in Zeiten der Klimaerwärmung

Olympische Winterspiele finden *konzeptionell betrachtet* mehrheitlich in Bergregionen, die meisten Wettkämpfe sogar im alpinen Raum statt, dessen ökologische Sensibilität den damit einhergehenden Bauvorhaben nicht entgegenkommt. Die Spiele setzen zudem auf den Ausbau und die Weiterentwicklung des auf Schnee angewiesenen Wintersports, obwohl die Klimaerwärmung nach einem nachhaltigen Ganzjahrestourismus ruft, damit die Bergregionen, die stark vom Tourismus abhängig sind, wirtschaftlich resilienter und die Landschaften gepflegt statt verbaut werden.

Mit olympischen Spielen setzt der Bund folglich auf ein lahmendes Pferd. Zudem nimmt der Ressourcenverbrauch (Energie und Wasser) für die Aufrechterhaltung des Wintertourismus, wegen der zunehmenden künstlichen Beschneigung und des zunehmenden Trink- und Brauchwasserverbrauchs immer weiter zu, was einer nachhaltigen Anpassungsstrategie auch nicht entspricht.

Zudem ist das Konzept der Olympischen Winterspiele, die alle 4 Jahre an einem anderen Ort stattfinden und damit jedes Mal einen riesigen Aufwand für den Bau und Ausbau von olympiatauglichen Infrastrukturen mit sich bringen, weder wirtschaftlich, noch sozial und schon gar nicht ökologisch nachhaltig. Wissenschaftliche Studien können positive Effekte nicht oder kaum nachweisen.

Es erstaunt darum nicht, dass das Interesse für die Durchführung Olympischer Winterspiele extrem abgenommen hat und in demokratischen Staaten einen schwierigen Stand hat. Die IOC-Nachhaltigkeitsagenden 2020 und 2020+5 vermögen diese Problematik nur teilweise zu lösen. Dezentrale Spiel bringen zwar eine Entlastung in den einzelnen Austragungsorten, jedoch nur, wenn die Verkehrswege dorthin und die dortigen Sportstätten nicht ausgebaut werden.

Die Spiele Milano Cortina 2026, die dezentral durchgeführt wurden, waren bezüglich Distanzen und Transport mit grossen Herausforderungen konfrontiert, die zu über 50 Ausbauten der Verkehrswege führten. Im Verbund mit den massiven Aus- und Neubauten an Sportstätten waren es keine nachhaltigen Spielen, weder in ökologischer Hinsicht noch in der Klimabilanz. Ob sie es volkswirtschaftlich jemals werden, ist aufgrund der Aufwendungen von soweit absehbar über 7 Milliarden Euro zweifelhaft.

Mit der neuen Vorgabe des IOC, die Winterspiele ab 2030 nicht nur klimaneutral sondern klimapositiv durchzuführen, liegt die Messlatte berechtigterweise noch höher. Das Konzept der Olympischen Spiele müsste grundlegend überdenkt werden. Indem die Schweiz jedoch Hand für die Winterspiele 2038 im zurzeit angedachten Format bietet, wird das «weiter wie bisher» leider zementiert.

¹ **Die Mitgliedsorganisationen** in alphabetischer Reihenfolge, bestehend aus kantonalen Sektionen von Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz, Bird Life, Klimanetzwerk Collegium 60+, Naturfreunde, Pro Natura, Pro Velo, SSSES, VCS, WWF, sowie dem Bergwald Projekt

Die Problematik bei der operativen Durchführung olympischer Spiele und bei Winterspielen im Speziellen kann gut mit zwei Erklärungen aus dem Erläuternden Bericht des Bundesrates umrissen werden:

Zur **unauflösbaren Einbindung in die Verantwortung** (Seite 3): «Auch wenn der Bund rechtlich keine Haftung in Zusammenhang mit der Planung und Durchführung der OPWS 20238 übernimmt, so trägt er zusammen mit den Austragungskantonen und -gemeinden dennoch eine politische Mitverantwortung für das Gelingen des Projekts.»

Zu den sich **permanent steigenden Dimensionen** des Anlasses (Erl. Bericht S. 6/7):

- Lillehammer, Norwegen 1994: 1700 AthletInnen, 61 Wettkämpfe (6 Sportarten, 12 Disziplinen)
- Milano-Cortina, Italien 2026: Mehr als 3000 AthletInnen in 16 Disziplinen plus 500-600 Paralympische AthletInnen in 6 Disziplinen, 10'000 Medienschaaffende, 20'000 freiwillige HelferInnen. Weitere Disziplinen seien im Gespräch und müssten integriert werden.

In diesem Spannungsfeld steht jede, auch eine Schweizer Kandidatur. Die absehbaren Folgen:

1. Wer A sagt, kann B nicht verweigern.

Bei OPWS ist es noch dramatischer: Wer A sagt, muss über mehr als 10 Jahre bis Z mitmachen, koste es, was es wolle, denn diese fallen in vielen Tranchen da und dort an.

2. Unklare Dimensionen erzeugen unwägbare Kosten

Kommt hinzu, dass sich die Dimensionen des Anlasses im Jahr 2038 in Bezug auf die zu bewältigenden Aufgaben und damit auch in Bezug auf den ganzen Ressourcenbedarf an Finanzen, organisatorischen und baulichen Massnahmen sowie Umweltressourcen (Wasser, Landschaft, Klima) heute erst ungefähr erfassen lassen. Immerhin sind gemäss der Olympischen Nachhaltigkeitsagenda «keine Mindestanforderungen bezüglich Kapazitäten mehr vorgegeben, womit sich die Zuschauerkapazitäten nach den Verhältnissen vor Ort und den Transportkapazitäten richten können». (Erl. Bericht S. 7)

Was dennoch jederzeit möglich ist: Dass sich die Veranstalter aus Prestige- oder anderen Gründen entschliessen, die Sportstadien zu *vergrössern*, die Kapazitäten zu erweitern und neue Infrastrukturbauten zu erstellen.

Dazu eine unvollständige Aufzählung aktueller Beispiele der Winterspiele 2026 Milano-Cortina:

- **Ausbau der Biathlon-Anlage in Antholz, Südtirol:** Stadionerweiterung mit Beleuchtungsanlage, Stärkung der Stromversorgung, Waffen- und Munitionslager, Funktionsräume, Reporterkabinen, Tunnel für Pistenraupen, Beschneigungsanlage, Pumpwerk, Wasserleitungen und neuer Speicherseebau im Wald für die Beschneigung.
Kosten: **€ 59 Mio.**
- **Neubau der Bob-/Rodelbahn in Cortina, Belluno, Venetien:** Wider alle Ansagen in Sachen Verwendung bestehender Sportstätten des CONI (Italienisches Olympisches Komitee) und entgegen der Vorgaben des IOC wie auch der gesetzlichen Bestimmungen zu regulären Bauausschreibungen wurde der Auftrag erst im Januar 2024 vergeben und die Bobbahn kurz vor knapp bis im November 2025 in die Landschaft betoniert.
Kosten: **€ 121 Mio. + € 13 Mio.** für dazugehörende Gebäude
- **Neue Gondelbahn Apollonia – Socrepes in Cortina, Belluno, Venetien:** Trotz geologischer Bedenken, Widerstand aus der Bevölkerung und einer negativen Umweltprüfung entstand in Cortina diese neue Gondelbahn auf einem erdbehrdtschgefährdeten Hang. Renommierte Seilbahnfirmen hatten sich

für das problematische Bauprojekt gar nicht erst beworben.
Kosten: **€ 35 Mio.**

- **Livigno, Sondrio, Lombardei:** Bau von Rennstrecken, Austausch Seilbahnanlage Ponte Bodio-Mottolino, Pistenverbindung durch Bau von 2 Seilbahnlinien, Pistenumgestaltung, neues Liftsystem, Bleuchtungsanlage für «Livigno Aerials Moguls», Renovierung von Wettkampfstätten, Speicherbecken und Beschneiungsanlage, Erweiterung des Skigebietes mit 4 Olympischen Wettkampfpisten für Halfpipe, Parallel-Riesenslalom, Snowboardcross, Slopestyle, eigener Sessellift, Tiefgarage Via Freita (500 PP), Mottolino-Tiefgarage (500 PP), Rennstrecke Livigno-Snow Park mit temporärer Überdachung des Flusses Spöl, Sanierung öff. Gebäude.
Kosten: **€ 172 Mio.**

3. Verzettelte Akteure und Verantwortlichkeiten erzeugen Mehraufwände und Mehrkosten

Es handelt sich bei OPWS sowohl um einen Multi-Shareholder- wie auch einen Multi-Stakeholder-Prozess, in welchen eine sehr weit ausgreifende Anzahl von Finanzgebern und Anspruchsgruppen einzubeziehen und letztlich zufriedenzustellen sind.

Auf internationaler Ebene sind es das IOC und die mit ihm verknüpften Geldgeber wie Sponsoren und Medienkonzerne sowie die nationalen Olympischen Komitees. Auf nationaler Ebene sind es die politischen und administrativen Bundesinstanzen inklusive Armee, die nationalen Sportverbände, kantonale und kommunale Behörden und ihre Organe wie Polizeien und eine sehr grosse Anzahl von Freiwilligen.

Es ist absehbar, dass es in dieser Gemengelage fast unmöglich ist, sich all der neu entstehenden Anliegen zu erwehren und all die auch kurzfristig aufkommenden Ansprüche abzuweisen.

Das olympische Resultat ist alles andere als nachhaltig

Ein nachhaltig durchgeführter Event würde sich damit auszeichnen, dass zu seiner Vorbereitung und Durchführung aus volkswirtschaftlicher Sicht nur bestehende Sportstätten und Infrastrukturen genutzt, aus Umweltsicht keine neuen Natur- und Landschaftseingriffe geplant und ausgeführt sowie aus sozialer Warte keine ausbeuterischen Arbeitsverhältnisse eingegangen werden und das Zusammenleben in den betroffenen Ortschaften nicht überstrapaziert wird. Im Nachhinein müssten sich alle Investitionen auch noch Jahre später lohnen, sei es finanziell oder ideell.

Jedoch entsteht aus der beschriebenen Gemengelage von unterschiedlichsten, vertraglich zu erfüllenden Ansprüchen und Erwartungen inklusive inoffizieller Absprachen unter Interessenskreisen sowie aus regionalen und nationalen Prestigeüberlegungen eine andere Realität.

Das Ergebnis ist eine sich unaufhörlich immer weiter steigende Spirale an Vorhaben mit unabsehbaren Kostenfolgen und Umweltschäden. Verursacher wird es viele geben, die Verantwortung dafür wird auf ungezählte Instanzen verteilt.

Die **Winterspiele Milano-Cortina 2026** zeigen das auf beklemmende Art und Weise:

- Anfangs hatte die Stiftung «Milano Cortina 2026» Umweltorganisationen zum Gespräch geladen, um die Umweltverträglichkeit aller Bauvorhaben zu bewerten. Dann kam es jedoch zum Bruch, die Stiftung stellte die Baustellen unter Zwangsverwaltung. In der Folge wurden 64% aller Bauprojekte von einer Umweltverträglichkeitsprüfung ausgenommen.

- Als Reaktion auf dieses intransparente Vorgehen entstand das zivilgesellschaftliche Netzwerk «Open Olympics 2026» mit zwanzig Partner-NGOs. Es hat im Dezember 2025 einen ausführlichen Report auf Italienisch und eine englische Zusammenfassung veröffentlicht: <https://www.libera.it/it-schede-2607-olimpiadi-invernali-milano-cortina-trasparenza-appalti-mafie>
- **Gemäss dem Bericht werden mehr als die Hälfte (57%) aller 98 geplanten Bauprojekte erst nach dem Ende der Winterspiele fertig**, sie fallen für die Betreibergesellschaft der Spiele in die Kategorie «Vermächtnis». Dabei handelt es sich Grossteils um Strassenbauprojekte.
- Drei Viertel aller Bauarbeiten werden nicht im Zeitplan fertig, manche erst mit bis zu drei Jahren Verspätung. Die letzte Baustelle soll im Jahr 2033 abgeschlossen sein.

Unklare Gesamtkosten 2026 in Milliardenhöhe

Es gab gemäss dieser Erhebungen bis Dezember 2025 auch keine Transparenz darüber, welche Kosten von wem übernommen werden. Die Übersicht über die Gesamtkosten von Milano-Cortina 2026 ist ein Stückwerk:

Das offizielle, öffentlich einsehbare Portal² listete bis Mitte November 2025 (aufgrund nachgeführter Daten bis Ende Oktober 2025) 98 Projekte mit einer Totalinvestition von € 3.54 Milliarden auf.

Allein die Region Lombardei weist woanders € 5.17 Milliarden für 78 Vorhaben aus, davon 44 Vorhaben für € 3.82 Milliarden in der Lombardei, die im offiziellen Portal nicht vorhanden sind. Daraus könnten, soweit per Ende 2025 absehbar, Kosten von Total über 7 Milliarden Euro resultieren.

Hinzu kommen die Kosten für die Paralympischen Winterspiele 2026: Es wurden € 328 Mio. allein für die Monate September bis Dezember 2025 zur Verfügung gestellt, obwohl die ursprünglichen Schätzungen von € 71.5 Mio. Gesamtkosten ausgingen. Bewahrheitet sich diese Kostenüberschreitung, resultiert ein Ausgabenüberschuss innerhalb weniger Monate von 359%.

A1 - Folgerungen

Es wäre nun zu billig zu behaupten, dass sowas in der Schweiz nicht geschehen kann. Denn die oben beschriebene Problematik der ungezählten Akteure, ihrer Begehrlichkeiten sowie der verzettelten Verantwortlichkeiten wird auch hier ihre grossen Tribute verlangen. Auch Einmalbeiträge und eine Defizitgarantie bewahren nicht vor unfreiwilligen Nachschusszahlungen. Auch mit privaten Gelder können Fehlinvestitionen und sogar ungesetzmässige Vorhaben finanziert werden.

A2 - Forderungen

Die Internationale Alpenschutzkommission CIPRA, der Zusammenschluss von rund 100 Umwelt- und Nachhaltigkeits-NGOs im Alpenraum, hat die Vorbereitungen zu den aktuellen Winterspielen über Jahre hinweg verfolgt. Die Bilanz ihres Geschäftsleiters Jakob Dietachmair: «Mailand-

² Offizielles GIS-basiertes Portal von Simico S.p.A als Überblick über die von ihnen auszuführenden Bauten für Milano-Cortina 2026 : <https://www.simico.it/piano-delle-opere/>
Umwelt Graubünden Vereinigung Bündner Umweltorganisationen VBU
Hartbertstrasse 11 7000 Chur info@umwelt-graubuenden.ch www.umwelt-graubuenden.ch

Cortina 2026 verdeutlicht die grosse Kluft zwischen Anspruch und Realität bei Olympischen Winterspielen. Statt nachhaltiger Entwicklung profitiert nur die Bauindustrie auf Kosten der Menschen, der Umwelt und der Natur vor Ort. Denn die Alpen sind ein sensibler Lebensraum und kein Spielplatz für kurzfristige Interessen.»³

Die CIPRA fordert in ihrem neuen Positionspapier⁴ umfassende Reformen vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) und den Gastgeberländern:

- 1) **Keine Neubauten und Einhaltung von Grenzen zum Schutz der Umwelt**
- 2) **Sicherstellen vollständiger Transparenz bei Planung und Budgetierung**
- 3) **Ernsthafte Einbeziehung der Zivilgesellschaft und der betroffenen Gemeinden in die Entscheidungsprozesse**
- 4) **Vorrang für Klimaanpassung und nachhaltige Mobilität**
- 5) **Hinterlassen eines positiven, langfristigen Erbes sowohl für die Gastgeberregionen und ihre Einwohner:innen als auch für die Natur, einschliesslich Klimaschutz-Massnahmen.**

Für eine Schweizer Kandidatur für die Winterspiele 2038 ergeben sich folgende Ergänzungen:

- 6) **Erstellung eines beiderseits verbindlichen Bewerbungsdossiers – für die nationalen Veranstalter wie auch das IOC – sowohl für Sportstätten wie auch die Infrastrukturbauten (Unterbringung, Verkehr usw.). Es muss eingehalten und darf im Laufe der zehn Folgejahre nicht ausgeweitet werden.**
- 7) **Verknüpfung des Bundesbeschlusses mit einem fakultativen nationalen Referendum. Durchführung von Volksabstimmungen aufgrund dieser verbindlichen, auch finanziell bezifferten Bewerbungsunterlagen auf kantonaler oder kommunaler Ebene überall dort, wo Wettkämpfe stattfinden bzw. Unterstützung in finanzieller, personeller oder räumlicher Form gesprochen werden soll.**
- 8) **Bereitstellung genügender Finanzmittel für eine strategische Umweltverträglichkeitsprüfung (SUP), für den Rückbau temporärer oder überdimensionierter Sport- und Infrastrukturanlagen, sowie für Ausgleichsmassnahmen bei nicht wieder gutzumachenden Natureingriffen.**
- 9) **Einhaltung aller heute gültigen Gesetzesbestimmungen, ohne spätere olympiabedingte Anpassungen/Verwässerungen.**

³ <https://www.cipra.org/de/news/olympische-winterspiele-auf-wackligem-boden>

⁴ <https://www.cipra.org/de/positionen/olympische-winterspiele-die-alpen-sind-mehr-als-nur-ein-spielplatz>

Zu Punkt 7 / Volksabstimmungen

Von entscheidender Bedeutung sind Volksabstimmungen, die mit der Bereitstellung verbindlicher Angaben zu allen Vorhaben (Sport- und Infrastrukturbauten), den Umwelteingriffen, dem Finanzbedarf und der Risikominderung inkl. verbindlicher Vereinbarungen mit dem IOC einhergehen. Auf eidgenössischer Ebene ist ein ergänzter Bundesbeschluss (siehe Beilage) mit fakultativer Referendumsmöglichkeit nötig.

Volksabstimmungen auf kantonaler und kommunaler Ebene sind zwingend, da dort die grossen Auswirkungen in finanzieller und räumlicher Ebene stattfinden werden. Beispiele sind Tourismuseinbrüche bei den Stammgästen, Staatskassendefizite und Landschaftseingriffe, Verkehrsbelastungen und alltägliche Behinderung der Lokalbevölkerung lange vor und während den Spielen.

B - Detaillierte Kommentierung entlang der Aussagen im Erläuternden Bericht

(gem. Vorgaben im Begleitschreiben des VBS vom 12.12.2025. Wir verweisen auch auf die Beilage, in welcher diese Anliegen entlang des Bundesbeschlusses spezifiziert werden.)

Grundsatz und Planungsbeschluss (Seite 3)

Die Argumentation ist nicht kohärent. Zwar wird der nationale Charakter, die nationale Bedeutung und Relevanz für Bevölkerung und Politik betont (von Gesundheit, Sport, Nachhaltigkeit bis Raumplanung und Kultur), dann aber gesagt, dass das Ganze doch nicht so wichtig und keine Relevanz für ein nationales Referendum gegeben sei, nicht einmal ein fakultatives.

Hinzu kommt eine Schieflage gegenüber den Kantonen und Gemeinden: Sagt das Parlament ja, liegt es an Kantonen und Gemeinden, sich realistisch zu zeigen und Korrekturen vorzunehmen. Das wird ihnen aber unter dem grossen Druck nicht leicht fallen.

→ Es ist bei Wegfallen eines Bundesreferendums umso wichtiger, dass die betroffenen Kantone und Gemeinden Volksabstimmungen auf der Grundlage verbindlicher Kandidaturdossiers durchführen.

FINANZIELLE FRAGEN

Grundsätzliches zu Kosten und Finanzierung (Seiten 19-20)

Der Trägerverein will die Kosten gegenüber früheren Kandidaturen (Graubünden 2022, Sion 2026) reduzieren. Als Massnahmen sind die private Teilfinanzierung und eine Ausgabenreduktion bei tieferen Erträgen (Built-to-Budget Ansatz) vorgesehen. Doch sind dazu erst die Diskussionen mit dem IOC gestartet.

Auch die zwei unterschiedlichen Budgets und die private Teilfinanzierung können Zusatz-, Prestige- und andere Fehlausgaben nicht vermeiden. In der Realität von Milano-Cortina 2026 gab es auch mehrere Budgets, was zu Intransparenz und massivsten Kostensteigerungen geführt hat.

→ Es braucht ein fundiertes und öffentlich transparentes Monitoring auf Bundesebene mit Einblicksrecht in alle Subbudgets.

→ Die Ermöglichung von Ausgabenreduktionen bei tieferen als den angestrebten Finanzierungszusagen von Privaten und Behörden ist vor Einreichung des Kandidaturdossiers und vor den Volksabstimmungen mit dem IOC verbindlich zu klären.

Bundesbeiträge (Seiten 2, 14, 23)

Der Bundesrat will Einmalbeiträge von CHF 200 Mio. 'à fonds perdu' und keine zusätzliche Defizitgarantie sprechen.

Von den CHF 200 Mio sollen CHF 60 Mio. für die Paralympics plus 50 Mio. für ÖV-Vergünstigungen ausgegeben werden, sowie CHF 80 bis 90 Mio. «zur Mitfinanzierung der Aufwände mit der Bereitstellung der Austragungsstätten in der ganzen Schweiz.»

Hinzu kommen allerdings auch noch die Kosten für die Sicherheit (Armee, Cyberabwehr, Transportpolizei SBB etc.) «im mittleren zweistelligen Millionenbereich» für Sicherung Lufthoheit («mehrere Mio. CHF»), Grenzschutz, Staatsschutz, internationale Koordination, Bundespolizei (gemäss Erfahrung in Deutschland für die EURO 2024 betrugen diese mind. € 10 Mio.). Weiter heisst es zum Armee-Einsatz: «Dauert der Einsatz länger als 3 Wochen oder werden mehr als 2000 Angehörige aufgeboten, muss die Bundesversammlung d. Einsatz genehmigen.»

Es wird zudem darauf hingewiesen, dass die Armee auch «für weitere militärische Mittel ziviler oder ausserdienstlicher Art» aufgeboten werden kann.

→ Man kann also von rund CHF 300 Mio. oder sogar mehr Bundeskosten ausgehen. Wie diese unklaren Aussagen letztlich zu limitieren sein werden, bleibt unklar.

→ Hierzu muss der Öffentlichkeit vor den notwendigen Volksabstimmungen reiner Wein eingeschenkt werden.

Kantonsbeiträge (Seiten 3, 14)

Bei der Sicherheit spielt der Bund den Kantonen die Hauptverantwortung zu: Gewährleistung der inneren Sicherheit inkl. Beizug ausländischer Polizeikorps, der erforderlich sein wird. Aufgrund der Analyse der kant. Polizeikommandanten sind das 124'000 Einsatztage total, variierend von 1500 (Paralympics) bis an OWS-Spitzentagen von 3600 Sicherheitspersonen pro Tag. Als Vergleich: WEF braucht jeweils 1500 Personen/Tag.

→ Es öffnet sich hier ein schwer zu kalkulierender, nach oben offener Budgetposten für die Kantone. Wie – wenn überhaupt - kann er limitiert werden? Unbedingt sind in den Gemeinde- und Kantonsbeiträgen Kostendächer bzw. Beitragslimitierungen vorzusehen.

Private Finanzierung durch Spenden und ein Anlagevehikel (Seite 22)

Insgesamt werden zurzeit CHF 2.15 Milliarden an Einnahmen und Ausgaben budgetiert. Da der Bund nur rund CHF 300 Mio. geben wird, bleibt sehr viel zu finanzieren übrig.

Es soll unter anderem eine Einnahmen-Generierung von rund 206 Mio. CHF aus «Spenden und Anlage-Erträgen» zusammenkommen.

Plus CHF 200 Mio. als von privater Seite zu leistenden Defizitgarantie im Sinne von Finanzanlagen. «Hierfür ist vorgesehen, dass Persönlichkeiten oder Organisationen aus Wirtschaft, Sport und Gesellschaft einen substanziellen Beitrag zu einer Defizitgarantie leisten. In Zusammenarbeit mit einem Finanzpartner wird hierzu ein spezifisches Anlageinstrument entwickelt. Die Einlegenden profitieren von den entsprechenden Anlagerenditen. Soweit die Einlagen nicht zur Deckung allfälliger Defizite aus der Planung und Durchführung der Spiele eingesetzt werden müssen, werden sie nach deren Abschluss an die Anleger zurückerstattet.»

Weiter sollen unsichere Einnahmen aus Ticketing (CHF 413 Mio.) und nationalem und regionalem Sponsoring (CHF 450 Mio.) hinzukommen.

→ **Winterspiele auch über Private Investments und regionales Sponsoring zu finanzieren wirft Fragen der Machbarkeit und des Risikomanagements auf:**

- **Was, wenn die Investments nicht ausreichen?**
- **Was, wenn sich zu wenig zahlungskräftige Regionalsponsoren finden lassen?**
- **Geht der Verein in den Konkurs?**
- **Oder müssen dann doch der Bund bzw. die Kantone/Gemeinden einspringen, allein aus Reputationsgründen, um die Blamage vor der Weltöffentlichkeit abzuwenden?**

Finanzielle Risikominderung (Seite 22)

Es soll ein «Built-to-Budget»-Ansatz verfolgt werden, d.h. die Ausgaben den effektiven Einnahmen anzupassen. Was sehr sinnvoll erscheint. Doch das IOC muss dazu sein Einverständnis geben. «Derzeit laufen Gespräche zwischen Verein und IOC.»

Der Schweizer Verein will dazu eine Vereinbarung mit dem IOC schliessen, so dass im Notfall auch Einsparungen bei den Lizenzgebühren ans IOC möglich sind, weiter auch Anpassungen bei Qualitätsstandards, Anforderungen, Leistungsspezifikationen und Volumenreduktionen (Anzahl Fahrzeuge, Technik usw.).

→ **Wird eine solche Vereinbarung möglich sein, da diese Kostenreduktionen auch das Budget des IOC schmälern? Das ist vor der Eingabe des Kandidatordossiers und den Volksabstimmungen verbindlich zu klären und öffentlich transparent zu machen.**

Bundesgarantien gegenüber IOC (Seite 3)

Der Bund muss weitreichende Garantien abgeben, die auch finanzielle Konsequenzen haben:

Allgemeine Garantien: Schutz der Eigentumsrechte des IOC, Respektierung IOC-Charta, Schutz Menschenrechte, Kampf d. Korruption & Dopingmissbrauch.

Garantien für Umsetzung: Einreise- & Arbeitsbewilligungen Mitarbeitende IOC, Zoll- & Einfuhrbestimmungen, Besteuerung der Umsätze-Gewinne-Einkommen, Lizenzen & Frequenzen für Funkbetrieb, Schutz geistiges Eigentum des IOC.

Die Lizenz- und anderen Abgaben ans IOC betragen CHF 122 Mio.

→ **Das muss in der Budgetierung transparent ausgewiesen werden, auch die finanzielle Höhe bzw. der Gegenwert der im Erläuternden Bericht noch nicht genannten Leistungen.**

BAUVORHABEN UND SACHLEISTUNGEN

Vermächtnis-Strategie (Seite 11)

Eine sogenannte *Vermächtnisstrategie* soll Bund-Kantone-Gemeinden bündeln, mit Einfluss auf Tourismusstrategie, Energiestrategie 2050, nichtübertragbare Krankheitsstrategie, Landschaftskonzept Schweiz, Nachhaltige Entwicklung

Ein *Vermächtniskonzept* enthält den Willen, auf 8 Gebieten langfristige Entwicklungen voranzutreiben: Völkerverständigung & Positionierung – Innovation Daten-/Informationstechnologien inkl. Cybersicherheit – Sporttechnologie, Experimentierfeld für Spitzentechnologien & virtual Reality – Zukunfts- & Wettbewerbsfähiger nachhaltiger Tourismus (Strukturwandel, Digitalisierung, Mobilität, Anpassung an Klimawandel) – Inklusion Behinderter – Sport & Bewegung für resiliente Gesellschaft (Raumplanung, Bewegungsangebote, Einbezug v. Gesundheitsakteuren) – Förderung Ehrenamtlichkeit – Wissensaustausch im Sport.

→ **Absehbar ist, dass mit diesem Mega-Anlass, der in jeder Hinsicht zu nur kurzfristig abzudeckenden Belastungs-Peaks führt, auch explizit *nicht* nachhaltige Vorhaben verwirklicht werden bzw. eine unerwünschte, massentouristische Entwicklung in Tourismus und Verkehr mit negativem Niederschlag in der Raumplanung gefördert wird.**

→ **Wie das abzuwenden ist, erscheint schwierig bis unmöglich. Zielführend wäre die Nicht-Durchführung der OPWS in der Schweiz.**

Eindämmende Massnahmen in Form eines im voraus bereitzustellenden Rückbaufonds für überdimensionierte Sportstätten und die ganze Olympia-Infrastruktur sowie ein Fonds für Ausgleichsmassnahmen nicht wiedergutzumachender Natur- und Landschaftseingriffe sind auf jeden Fall ins Budget aufzunehmen.

Dezentrale Sportstätten-Nutzung (Seite 11)

Die Austragung der OPWS 2038 sieht den Einbezug von 10 Kantonen, 14 Gemeinden, in 4 überkantonalen Clustern vor:

Cluster West: Genf-Lausanne (Eissportarten)

Cluster Zentral: Zürich-Zug-Engelberg (Eishockey, Skilanglauf, Skispringen, nord. Kombination)

Cluster Ost: St. Moritz-Silvaplana-Lenzerheide (Freestyle, Snowboard, Biathlon, Bob, Skeleton, Rodeln)

Einzelstandorte: Crans Montana (Alpine Skirennen), Lugano (Eishockey)

Eröffnungsfeier: Lausanne

Schlussfeier: Bern

Medienzentrum: Genf

→ **Das ist ein Fortschritt gegenüber den bisherigen Kandidaturen Zürich-Graubünden sowie der Solokandidaturen von Wallis und Graubünden. Ob das ohne massive Umbauten bzw. erst im Laufe der Detailplanung ersichtlich und «notwendig» gewordenen Neubauten gehen wird? Die Erfahrungswerte aus allen OPWS sagen klar Nein.**

Keine neuen Sportstätten? (Seite 12)

Zitat: «Die bestehenden Infrastrukturen werden genutzt, es sollen keine neuen, festen Bauten erstellt werden.» Als nächstes beabsichtigt der Verein bis Mitte 2026 Zusammenarbeitsverträge mit Sportstätten & Austragungsorten abzuschliessen. Klappt das nicht, werde das Austragungskonzept angepasst, mit alternativen Anlagen und Austragungsorten.

Umwelt Graubünden Vereinigung Bündner Umweltorganisationen VBU

Hartbertstrasse 11 7000 Chur info@umwelt-graubuenden.ch www.umwelt-graubuenden.ch

→ Das alles schliesst jedoch weder riesige temporäre Bauten noch spätere Entscheide zu Neubauten aus, wie folgendes Zitat belegt: «Die Ausgaben für die temporäre Infrastruktur (z.B. temporäre Eisschnelllaufbahn, Tribünen) im Umfang von 267 Millionen Franken basieren auf einer detaillierten Analyse aller vorgesehenen Wettkampfstätten und zusätzlichen Standorten durch externe Fachexperten».

→ Gerade bei mehr als 10 Jahren Planungs- und Bauhorizont (2026-2038) wird nicht zu vermeiden sein, dass sich die Schweizer Interessenz aus Sportverbänden, Gemeinden, Kantone, Investoren hochschauelt. Anders gesagt: Der Appetit kommt mit dem Essen bzw. den Finanzaussagen und der Möglichkeit zur Deregulierung bei Raumplanung, NHG etc.

Siehe dazu die Beispiele von Milano-Cortina 2026:

- Bau 2 neuer Skisprungschanzen - neben den bestehenden - in Predazzo für € 49 Mio.;
- Neue Bobbahn Cortina für € 121 Mio. plus dazugehörige Gebäude für weitere € 13 Mio.
- Neue Freestyle-Arena am umgebauten Mottolino Berghang in Livigno und viele weitere Anlagen- und Infrastrukturbauten (u.a. Parkgaragen für 1000 Fahrzeuge, Pistenverbindungen) am Berghang gegenüber für insgesamt € 171 Mio.
- Total umgebaute und erweiterte Biathlon-Arena in Antholz mit unterirdischen Anlagen sowie einem neuen Speichersee im Wald für die Beschneidung der Loipen für € 59 Mio.

→ Es braucht ein abschliessendes Kandidatur-Dossier, an das sich sowohl die privaten Veranstalter und die Sportverbände wie auch die Kantone und Gemeinden zu halten haben. Es muss bereits für die Volksabstimmungen vorhanden sein.

→ Statt temporären Grossanlagen wie einer Eisschnelllaufarena ist die Durchführung solcher Wettbewerbe im alpinen Ausland vorzusehen (ganz gemäss der Nachhaltigkeitsagenda des IOC).⁵

Neue Verkehrsinfrastruktur? (Seite 13)

Zitat: «Es sollen keine neue Verkehrsinfrastrukturen für die Austragung der OPWS erstellt werden müssen.»

-Transporte von AthletInnen, Betreuenden, Funktionären in «emissionsfreien Fahrzeugen». Das tönt kryptisch, gemeint sind vermutlich wasserstoff- oder elektrisch betriebene PKWs und Busse.
-Zuschauende «sollen möglichst mit den öff. Verkehrsmitteln reisen», durch Kombi-Tickets.
Freiwillige & Helfer Medien auch im ÖV plus «temporäre Zusatzangebote» für Spitzenlasten.

→ Grundsätzlich tönt das gut, wenn auch hiermit bereits viele Aufweichungen bzw. Ausnahmeregelungen vorgesehen sind. Faktisch ist das Zitat nur eine Absichtserklärung. In Italien geschieht das Gegenteil. Es wurden sogar neue Dorfumfahrungen und Kreisel auf Regionalstrassen in die Landschaft gesetzt, entgegen dem Protest der jeweils betroffenen Bevölkerung.

→ Es braucht im Kandidatur-Dossier die verbindliche Aussage, dass keine Ausbauten der Verkehrsinfrastruktur inkl. Parkflächen für die OPWS 2038 geplant werden.

⁵ <https://www.olympics.com/ioc/olympic-agenda-2020>

Unterbringung AthletInnen, Begleitende und Sicherheitspersonal als Meta-Challenge (Seite 13)

Zitate: «Anstelle eines «olympischen Dorfs» werden Hotels und hotelähnliche Unterkünfte («Housing Centers», z.B. auch Mietwohnungen) in den drei Clustern «West», «Zentral» und «Ost» sowie an zwei Einzelstandorten (Crans Montana, Lugano) genutzt. (...) Verpflegungs-, Trainings- und Erholungsangebote werden ergänzend durch temporäre oder bestehende «Hospitality Zentren» an den entsprechenden Standorten gewährleistet. Die Mitarbeitenden des OK, die MA und Gäste der Sportverbände und des IOK sowie Medienschaffende sollen ebenfalls in der Nähe ihrer Einsatzorte untergebracht werden.»

«Der Verein geht von einem Bedarf von 24'000 Zimmern für die Olympischen und von 9'200 Zimmern für die Paralympischen Winterspiele aus. Zusätzlich werden geeignete Unterkünfte für die Polizeikräfte und weiteres Sicherheitspersonal zur Verfügung stehen müssen.»

«Die Sicherstellung eines quantitativ und qualitativ bedarfsgerechten Unterbringungsangebots für alle Zielgruppen (...) stellt eine Herausforderung (...) dar. Die Auswirkungen auf den Tourismus insgesamt in den betreffenden Regionen und der ganzen Schweiz werden derzeit vom Verein analysiert.»

→ Die Herausforderung ist riesig, die Auswirkungen auf den bestehenden Tourismus mit den Stammgästen ist massiv, bereits im Vorjahr aufgrund der Trainings.

Ob es ohne temporäre Grossinstallationen gehen wird, ist offen. Erfahrung Milano-Cortina 2026: Etwa vier Kilometer nördlich von Cortina d'Ampezzo wurde auf dem Gelände des stillgelegten Flugplatzes in Fiemmes ein temporäres Olympisches Dorf errichtet. Während der Spiele sind hier etwa 1400 Menschen in 350 je 18 qm großen Mobilheimen untergebracht.

→ Ein Ausbau der Unterbringungsinfrastrukturen ist absehbar, ob temporär oder fix ist offen. Ob alles ohne bleibende Landschaftsschäden machbar sein wird und die temporär errichteten und wieder abgebauten Gebäude auch wiederverwendet werden können ist fraglich.

UMWELT UND NACHHALTIGKEIT

Nachhaltiges Veranstaltungsmanagement (Seiten 17-19)

Zitate: «**Die Durchführung der OPWS 2038 muss nach aktuellen Nachhaltigkeitsstandards durchgeführt werden.** Gleichzeitig bieten sich Chancen, Entwicklungen hinsichtlich diverser Nachhaltigkeitsstrategien des Bundes voranzutreiben.» Konkret erwähnt wird «**z.B. ISO 20121 für nachhaltiges Veranstaltungsmanagement**».

«Im Rahmen der Planungs- und Umsetzungsarbeiten werden zudem die Ziele der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030, der Energiestrategie 2050, der langfristigen Klimastrategie 2025 und des Klima- und Innovationsgesetzes (Nett-Null bis 2050) des Bundes berücksichtigt. Der Verein nennt in diesem Zusammenhang derzeit folgende Hauptziele:

- Co2-arme und ressourcenschonende Winterspiele durch Nutzung bestehender Infrastrukturen, Priorisierung von ÖV und Einsatz von EE.
- Schutz der Ökosysteme und Förderung eines vorausschauenden Wassermanagements
- Stärkung der Resilienz gegenüber Klimafolgen und nachhaltige Aufwertung alpiner und urbaner Lebensräume
- Weiterentwicklung des nachhaltigen Tourismus und Integration von Programmen wie «Swissstanable»

Der Verein erarbeitet derzeit ein Konzept für das nachhaltige Veranstaltungsmanagement mit spezifischen Zielsetzungen und Massnahmen in den verschiedenen Bereichen.»

→ Das ist ein Sammelsurium aus sinnvollen aber auch rein schadensbegrenzenden bzw. sogar mit OPWS als kurzlebigen Mega-Event unvereinbaren Massnahmen.

2 Ziele sind nur Schadensbegrenzung: CO2-Armut; Schutz der Ökosysteme

3 Ziele sind diffus: vorausschauendes Wassermanagement; Resilienzstärkung gegenüber Klimafolgen; nachhaltige Aufwertung alpiner und urbaner Lebensräume

1 Ziel ist krass widersprüchlich in Kombination mit OPWS: Weiterentwicklung des nachhaltigen Tourismus. Ist das vertretbar, als eine Art Beiboot zu einem Massenevent mit weitreichenden Eingriffen und negativen Folgeerscheinungen?

→ Als geeignetes Instrument zur Gesamtschau in Bezug auf Umweltauswirkungen bietet sich die Strategische UVP an. Die SUP ersetzt nicht die UVPs für die einzelnen Projekte. Sie ermöglicht jedoch den Einbezug der Umweltanliegen bei der Ausarbeitung und Bewilligung von Plänen und Programmen im Sinne einer räumlichen Gesamtplanung. Die SUP ermöglicht frühzeitig auch die Prüfung von Alternativen und Varianten, dabei ist bei Neubauten auch die Prüfung der Nutzung von bestehenden ausländischen Anlagen gemäss der Agenda 2020 zu prüfen. Auch die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen Umweltschutz und Raumplanung können dank der SUP frühzeitig erkannt werden. Die SUP kann die UVP auf Projektstufe entlasten und beschleunigen.

→ Relevante CO2-Treiber werden im Erläuternden Bericht nicht erwähnt, wie die Anreise per Flugzeug, Heliflüge, Bauten mit Beton, aber auch der Sponsoring- und Partnerverträge mit Öl- und Gasunternehmen, die zusätzliche CO2-Emissionen verursachen. Sponsoring- und Partnerverträge mit fossilen Unternehmen sind im Vertrag mit dem IOC auszuschliessen.

Es gilt, CO2-Emissionen primär zu verhindern und nur dort, wo sie technisch nicht verhindert werden können, vollständig zu kompensieren.

Da muss der Bund nachbessern, umso mehr als es mit der Schaffung des vorliegenden Beschlusses und dem Bundesbeitrag an die OPWS 2038 um eine Bundesaufgabe geht und der Bund bis 2040 klimaneutral sein muss.

→ ISO 20121 wurde 2024 überarbeitet und erweitert. Es umfasst ein zwölfstufiges Planungs-, Umsetzungs- und Evaluationsverfahren. Wie das bei so vielen Einzelanlässen wie OPWS und in der kleinräumigen und auf unbürokratisches Agieren setzenden Schweiz möglich sein soll, müsste erst noch bewiesen werden.

→ Für die Schweizer Umweltorganisationen, nationale wie auch regionale, ist es einerseits zentral, die Erarbeitung des Nachhaltigkeitskonzeptes zu beeinflussen. Eine Einbindung müsste allerdings substanziell sein und darf nicht Placebo-Aufgaben und auch keine Reduzierung auf Proforma-Inputs enthalten. Ob das andernfalls mit Einbezug der USOs ausserhalb der Schweizer OPWS-Vorbereitungsstrukturen geschehen kann, ist zu eruieren.

WIR VERWEISEN AUF DIE BEILAGE, IN WELCHER DIESE ANLIEGEN ENTLANG DER ARTIKEL IM BUNDESBESCHLUSS ALS ERGÄNZUNGEN DESSELBEN FESTGEHALTEN SIND.